



05.01.2020: Das Jahr 2020 beginnt mit der Gefahr eines verheerenden Krieges im Mittleren Osten ++ Alexandria Ocasio-Cortez fordert den US-Kongress auf, einen Krieg zu verhindern ++ Irak fordert Abzug aller US-Truppen ++ Tudeh-Partei des Iran: Krieg ist nur für die reaktionärsten und volksfeindlichsten Kräfte von Vorteil ++ Europäische Linke: EU muss US-Militäraktion verurteilen

Die USA haben in der Nacht zum Freitag (3.1.20) nahe dem Flughafen in Bagdad den hohen iranischen General Qasem Soleimani, den Chef der Kataib-Hisbollah-Milizen und stellvertretenden Befehlshaber der irakischen Volksmobilisierungskräfte Abu Mahdi al-Mohandis sowie weitere Iraner, Iraker und Libanesen mit einem Drohnenangriff getötet.

Das iranische Staatsoberhaupt Ayatollah Ali Khamenei kündigte eine "machtvolle Rache" an. Die IRGC (Islamischen Revolutionsgarden) warnten in einer Erklärung, dass die Ermordung von Qasem Soleimani "entgegen den damit verfolgten Absichten und Zielen" neue Fronten gegen die Vereinigten Staaten und Israel in der Region und in der ganzen Welt eröffnen werde. "Irans Rache an Amerika für die Ermordung von Soleimani wird schwerwiegend sein... Haifa und die israelischen Militärzentren werden in die Vergeltung einbezogen werden", sagte der ehemalige Chef der iranischen Revolutionsgarden IRGC, Mohsen Rezaei, heute (Sonntag, 5.1.) in einer Fernsehansprache zu einer Versammlung von Trauernden in Teheran.

US-Präsident Donald Trump wiederum droht dem Iran mit schweren Angriffen für den Fall iranischer Vergeltung. Die USA hätten 52 iranische Ziele ins Visier genommen, die das US-Militär angreifen werde, twitterte Trump. Einige dieser Ziele seien sehr bedeutend und wichtig für den Iran und die iranische Kultur, so Trump. Die Ankündigung des US-Präsidenten wird weithin als Drohung mit Kriegsverbrechen verstanden, denn das Völkerrecht verbietet militärische Angriffe auf religiöse oder kulturelle Stätten ohne militärische Notwendigkeit.

So beginnt das Jahr 2020 mit der Gefahr eines verheerenden Krieges im Mittleren Osten.

Bernie Sanders: Trump führt uns in einen neuen Krieg

Die gezielte Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimani durch die Vereinigten Staaten war nicht nur eine "provokative und unverhältnismäßige Aktion", wie es die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi (Demokratische Partei), beschreibt, sondern eine gewalttätige und völkerrechtswidrige Kriegshandlung gegen den Iran. Sogar rechte Demokrat*innen (von Joe Biden bis zu Hillary Clintons Vizekandidat Tim Kaine im Jahr 2016) äußern ihre Besorgnis über eine "eskalierende Aggression" und greifen Präsident Donald

Trump an, weil er "eine Dynamitstange in ein Pulverfass geworfen hat".

"Trump hat versprochen, uns aus den endlosen Kriegen herauszuführen. Nun sieht es leider so aus, als würde er uns stattdessen in einen neuen Krieg hineinführen", kritisiert US-Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders. Die demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez fordert den Kongress auf, die Präsident Trump und die Regierung zu bremsen und einen Krieg zu verhindern.



"Der Kongress hat nun eine moralische und rechtliche Verpflichtung, seine Macht zu beweisen, um diesen Krieg zu verhindern und unschuldige Menschen vor den schrecklichen Folgen zu schützen", erklärte die Kongressabgeordnete. "Gerade jetzt ist der Moment, um zu entscheiden, ob Sie für den Frieden sind oder nicht", twitterte Ocasio-Cortez.

Irak fordert Abzug aller US-Truppen

Die Regierung des Irak, auf dessen Territorium der US-Angriff erfolgte, verurteilt die "dreiste Verletzung der Souveränität des Irak und den eklatanten Angriff auf die Würde der Nation".

Die Irakische Kommunistische Partei merkt an, dass die Volksmobilisierungskräfte PMF, die eng mit dem Iran verbunden sind, eine wichtige Rolle im Kampf gegen den "terroristischen IS und für den Sieg über den IS" spielten. Iraks Kommunist*innen warnen, dass die Bevölkerung des Irak für die Verwandlung ihres Landes in eine Arena für internationale Machtkämpfe "einen hohen Preis in Blut und Zerstörung zahlt", wie es seit 17 Jahren der Fall ist, seit George Bush

und Tony Blair ihr Land in Brand setzten. Wenn die Regierung des Iran eine "harte" Rache ankündigt und sich dabei auf ihre Netzwerke von Allianzen im Irak, im Libanon, Syrien bis zum Jemen stützt, dann bedeutet dies, dass der Iran an mehreren Fronten zurückschlagen könnte, was zu einer Eskalation führen und einen allgemeinen Krieg im Mittleren Osten auslösen würde, mit noch katastrophaleren Ausmaß als es die Invasion des Irak im Jahr 2003 bedeutete. So sagte der Vorsitzende des parlamentarischen Blocks der Hisbollah im Libanon, Mohamed Raad, dass die Vereinigten Staaten mit der Ermordung von Qasem Soleimani "einen Fehler" gemacht hätten, und dass sie dies in den kommenden Tagen erkennen werden.

Angesichts der Gefahr, dass der Irak in dem geopolitischen Konflikt zwischen den USA und dem Iran zerrieben wird, entspannten Demonstrant*innen auf dem Tahrir-Platz in Bagdad ein Banner mit der Aufschrift: "Haltet eure Konflikte fern vom Irak".

Das irakische Parlament beschloss am Sonntag (5.1.) in einer außerordentlichen Sitzung eine Resolution, die die Regierung dazu verpflichtet, den Abzug der US-Truppen aus dem Irak zu fordern. "Es gibt keinen Bedarf für die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte, nachdem wir den IS besiegt haben. Wir haben unsere eigenen Streitkräfte, die in der Lage sind, das Land zu schützen", sagt Ammar al-Shibli, ein schiitischer Abgeordneter und Mitglied des parlamentarischen Rechtsausschusses.

In der Resolution heißt es: "Die Regierung verpflichtet sich, ihr Ersuchen um Unterstützung durch die internationale Koalition, die gegen den islamischen Staat kämpft, aufgrund des Endes der militärischen Operationen im Irak und der Erreichung des Sieges zu widerrufen. ... Die irakische Regierung muss sich dafür einsetzen, die Präsenz ausländischer Truppen auf irakischem Boden zu beenden und ihnen die Nutzung von Land, Luftraum und Wasser aus jeglichem Grund zu verbieten."

Die irakische Regierung hat inzwischen beim UN-Sicherheitsrat Beschwerde wegen der Tötung Soleimanis eingelegt. Die Beschwerde richte sich gegen die "amerikanischen Angriffe auf irakische Stützpunkte" sowie die "Ermordung von irakischen und befreundeten Militärführern", teilte das Außenministerium in Bagdad mit.

Tudeh-Partei des Iran: Krieg ist nur für die reaktionärsten und volksfeindlichste Kräften von Vorteil

Für die kommunistische Tudeh-Partei des Iran ist die Ermordung von Qasem Soleimani auf Befehl von US -Präsident Donald Trump eine "Verletzung der nationalen Souveränität des Irak und des gesamten Völkerrechts und stellt zweifellos eine tödliche Gefahr für die Region dar".

Die Tudeh-Partei erinnert daran, dass sie in den letzten Monaten "kontinuierlich und häufig vor der Gefahr der abenteuerlichen Politik des US-Imperialismus und seiner Verbündeten gewarnt (hat) - einschließlich der reaktionären Regierung von Saudi-Arabien und der rassistischen Regierung Israels – ebenso wie vor der unüberlegten und interventionistischen Politik des iranischen Regimes in der Region, einschließlich im Irak und im Libanon, was in den letzten Monaten verbreitete Proteste der Bevölkerung gegen ausländische Einmischung und insbesondere die Einmischung des iranischen Regimes hervorgebracht hat".

Der US-Angriff erfolge "zu dem Zeitpunkt, da die wachsende Volksbewegung in den letzten Monaten eine ernsthafte Herausforderung für das theokratische Regime darstellte", so Tudeh.

Die iranischen Kommunist*innen befürchten, dass die Ermordung von Soleimani als Vorwand genutzt werden wird, "um die Atmosphäre der Unterdrückung und des Terrors in Iran zu verschärfen".

"Den reaktionären und volksfeindlichen Führern des herrschenden Regimes im Iran und der US-Regierung darf nicht gestattet werden, die Region des Mittleren Ostens einmal mehr in Feuer und Blut zu treiben mit einem weiteren verheerenden Krieg. Der Kampf für den Erhalt des Friedens und den Stopp der kriegstreibenden Kräfte in der Region des Mittleren Ostens ist für die Verteidigung der Interessen der iranischen Werktätigen und der iranischen Nation von allergrößter Bedeutung", heißt es weiter in der Erklärung der Tudeh-Partei.

Linkspartei Irans (Volksfedajin): Die USA haben die erste Kugel eines neuen Krieges in unserer Region abgefeuert

Die Linkspartei Irans (Volksfedajin) ordnet die Ermordung Soleimanis in die Kündigung des Atomdeals mit dem Iran durch die US-Regierung ein. "Vor dem Attentat hatten die USA den Atomdeal mit dem Iran gekündigt, um die Region innerhalb Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate an den Rand einer Explosion zu bringen. Und jetzt, mit dem Attentat, haben sie die erste Kugel eines neuen Krieges in unserer Region abgefeuert. Ein Krieg wie dieser bedeutet eine neue Art der Polarisierung und Vertiefung der gegenwärtigen Kämpfe."

Weiter heißt es in der Erklärung der Linkspartei Irans: "Der amerikanische Imperialismus greift den Mittleren Osten und Lateinamerika mit Bürgerkriegen, Staatsstreichen, Attentaten und allen möglichen blutigen Machenschaften an. Er ist der Erzfeind der Menschen auf der ganzen Welt Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten aus unserer Region und dem Rest der Welt hinausgeworfen werden."

Iranische Friedensvereinigung ADPSD: Schließung aller Militärbasen der USA und Großbritanniens

Die Vereinigung für die Verteidigung von Frieden, Solidarität und Demokratie - Iran (ADPSD) verurteilt den "kriminellen Akt des US Imperialismus, der die Spannungen in einer bereits höchst gefährlichen und unstabilen Situation weiter erhöhen" und "höchstwahrscheinlich weitere Militäraktionen auslösen wird, die die Region in eine weitere Spirale der Gewalt stürzen werden". Ein Krieg zwischen dem Iran und den USA wäre "ein Desaster für das iranische Volk und für die Kräfte für Frieden und Fortschritt in diesem Land".

Weiter heißt es: "Der Iran leidet bereits unter lähmenden Wirtschafts-, Bank- und Währungssanktionen, die seine Wirtschaft zerstört haben. Jeder Krieg gegen den Iran wird unvermeidlich den Zugriff des theokratischen Regimes verstärken und damit den Kampf des Volkes für Menschenrechte, demokratische Rechte und soziale Gerechtigkeit schwächen."

Die ADPSD ist überzeugt, dass es keine Lösung für die Krise im Mittleren Osten geben kann, solange eine Reihe von Staaten in "zerstörerische Stellvertreterkriege für die Vorherrschaft und die Förderung des Einflusses reaktionärer Regimes einschließlich Israel, Saudi-Arabien, Türkei und Iran" verwickelt bleiben.

Der erste Schritt in Richtung eines friedlichen Mittleren Ostens müsse "die Schließung aller Militärbasen der USA und Großbritanniens in und rund um die Region sein", so die ADPSD.

Europäische Linke: EU muss US-Militäraktion verurteilen

Für die Partei der Europäischen Linken (EL) erklärt die Vizepräsidentin Maite Mola: "Diese völkerrechtswidrige Militär aggression zeigt Trumps Interesse, die Region zu destabilisieren, um seine militärische Präsenz zu rechtfertigen." Die Partei der Europäischen Linken will Frieden in der Region und "fordert die Verurteilung dieser Militäraktion durch die Europäische Union und andere internationale Organisationen".

Die EL ist davon überzeugt, dass Frieden nur möglich ist, wenn die Einmischung in der Region gestoppt wird, wenn die Versöhnung der durch Kriege von außen verwüsteten Völker gefördert wird, wenn das Recht der Völker, ihre Regierungen zu wählen, respektiert wird und nicht versucht wird, sie von außen durch einen neuen Neokolonialismus aufzuzwingen.

Die EU sollte eine Rolle bei der Verteidigung der grundlegendsten Menschenrechte, wie dem Recht auf Leben, spielen und muss diesen Angriff verurteilen und gleichzeitig ein Element für den Aufbau des Friedens sein, so Maite Mola für die EL.

IPPNW fordert entschlossenes Handeln der Bundesregierung, um einen Krieg zu verhindern

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW fordert die Bundesregierung auf, für die Verhinderung einer weiteren Eskalation des Konflikts bis hin zum Krieg entschlossen zu handeln.

"Es ist möglich, dass der Drohnenangriff aus dem US-Stützpunkt Ramstein in Deutschland gesteuert wurde. Daher wäre es eine konkrete Maßnahme zur Verhinderung des Krieges, weitere Angriffe aus Deutschland zu untersagen."

Die IPPNW befürchtet, dass die USA es nicht bei einem einzelnen Anschlag belassen. So habe der US-Verteidigungsminister von "Präventivschlägen" im Irak und in Syrien gesprochen. "Ein Krieg zwischen den USA und dem Iran wird desaströse humanitäre Folgen für alle Beteiligten haben. Die Bundesregierung muss dem Iran zusichern, dass sie entschlossen alles in ihrer Macht stehende gegen weitere US-Angriffe tut", fordert die Vorsitzende der IPPNW Susanne Grabenhorst.

Niema Movassat (MdB, DIE LINKE): Ramstein dicht machen!

Der Bundestagsabgeordnete Niema Movassat (DIE LINKE) forderte auf einer Kundgebung in Berlin von der Bundesregierung:

- Sie darf den USA keine Überflugrechte geben für ihren Krieg gegen den Iran. US-Kampfflugzeuge dürfen dafür nicht von Deutschland starten und Deutschland überfliegen. Das muss die Bundesregierung klarstellen.
- Die Bundesregierung muss endlich die US-Militärbase in Ramstein dicht machen. Von dort aus wird der US-Drohnenkrieg – auch die Drohne, die Soleimani tötete – geführt. Wer dies wie die Bundesregierung weiß und die USA weiter in Ramstein agieren lässt, macht sich wegen Beihilfe zum Drohnenkrieg schuldig. Schluss damit. Ramstein dicht machen!
- Die Bundesregierung muss das Vorgehen der USA verurteilen. Der US Botschafter muss einbestellt werden. Deutschland muss eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates beantragen und dort muss das Verhalten der USA klar verurteilt werden. Kein Krieg im Nahen Osten! Kein Krieg gegen den Iran!